Morgen-Ausgabe

„Berliner Tageblatt" und „Handels-Zeitung" erscheint wochentäglich zweimal. Sonntags ein-mal. Gratis-Beiblätter: Montag „Heilquelle", Mittwoch „Technische Rundschau", Donnerstag und Sonntag „Der Weltspiegel", Freitag illustriertes Wochblatt „Ulk", Mittwoch „Haus und Garten". Man abonniert bei all. Postanstalten d. Deutschen Reiches und der besetzt. Gebiete, Oesterr.-Ungarns, der Schweiz, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens und Bulgariens; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. Bezugspreis: Durch die Post vierteljährlich 8,25 Mark exkl. Zustellungsgebühr. Ausland exkl. Postaufschlag: für Groß-Berlin monatlich 2,75 Mark, vierteljährlich 8,25 Mark. Unter Kreuzband monatlich: für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 6 Mark, für Ausland 10 Mark, bei täglich einmaliger Zustellung 8 Mark. Feldpost-Abonnements 3,25 Mark monatlich. In Groß-Berlin abonniert man bei der Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46-49 (Fernsprecher Amt Zentrum Nr. 9931—10144, für d. Fernverkehr Nr. 14297—14299), u. d. nebenstehend aufgeführten Filialen.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Insertionspreis: Seite 1 M. 3. 70 % Zuschlag. Familien-Anzeigen u. Stellen-Gesuche mit 30 % Zuschlag. Inseraten- u. Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexp. SW. 19, Jerusalemer Str. 46-49. Filialen: Leipziger Str. 103; Potsdamer Str. 38; Stumerstr. 9; Königstr. 56/57; Moltkeplatz Str. 45; Schönh. Al. 144; Wertheimplatz; Rathenower Str. 8; Turmstr. 61; Schiffbauerdamm 4; Gr. Frankf. Str. 101; Frankf. Allee 286; Wedding, Müllerstr. 142; Müllerstr. 60; Weimar Str. 1-6; Greifswald. Str. 197; Fennstr. 1; Müllerstr. 156; Lichte. 61; Charlottenb.: Tauentzienstr. 4; Kantstr. 54; Scharrenstr. 89; Fürsth. Str. 25/26; Friedenau: Rheinstr. 13; Schöneberg: Grunewaldstr. 4; Hauptstr. 54; Hohenzollernstr. 1; Pankow: Berliner Str. 1; Schmargendorf: Berlin Str. 12; Schöneberg: Dorfstr. 25/24; Martin-Luther-Str. 8; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Wilmersdorf: Uhlandstr. 38. In der Provinz: Brandenburg a. H.: Hauptstr. 4; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Potsdam: Brandenburg. Str. 23. Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Paradeplatz 6.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

Nr. 572
47. Jahrgang

und Handels-Zeitung

Freitag
8. November 1918

Die Sozialdemokratie verlangt die Abdankung.

T. W. Es scheint, daß wir ungefähr alles nachmachen sollen, was Frankreich 1870 und 71 vorgemacht hat. Wir haben vor und bei dem Beginn des Krieges dieselbe Garnitur von Staatsmännern, dieselbe Unterschätzung des Gegners durch die Militärs, dieselbe gedankenlose Begeisterung gesehen, die es 1870 in Frankreich gab. Wir haben während des Krieges die politischen Generäle erlebt. Sollen wir jetzt, bei der Einleitung der Waffenstillstandsverhandlungen und unmittelbar vor dem Frieden, ganz wie das damalige Frankreich im gleichen Zeitpunkt, allgemeine Zerrüttung, blutigen Aufstand und die Fessellosigkeit der Kommune sehen?

Eine ungeheuer ernste Bewegung, die fast ausschließlich eine Militärbewegung ist, geht durch das Land. Sie hat in Kiel begonnen und hat schnell Hamburg, Lübeck, Geestemünde, Bremen, Schwerin und sehr viele andere Städte, in denen Matrosen und Soldaten lagern, erfaßt. Die Zensur hat vier Tage lang fast alle Nachrichten über diese Vorgänge unterdrückt. Die amtlichen Berichte, die heute veröffentlicht werden, verzeichnen nur einen Teil der Vorgänge, dürften aber immerhin auch demjenigen Bedeutung und Umfang dieser Sturmflut klar machen, der nicht über genauere Informationen verfügt. Gleichzeitig hat in Bayern die Aufregung, die dort seit längerer Zeit alle Kreise und Bevölkerungsschichten beherrscht, einen sehr hohen Grad erreicht. Sie ist zu fieberhafter Erhitzung geworden, seit die Angriffsgefahr sich den bayerischen Grenzgegenden zu nähern scheint. In Bayern ebenso wie in fast all den preußischen Städten, wo jetzt Soldatenräte ihre Forderungen aufstellen, werden die Abdankung des Kaisers und der Thronverzicht des Kronprinzen verlangt. In Kiel stand diese Bedingung, anfangs wenigstens, nicht auf dem Programm.

Die sozialdemokratische Mehrheitspartei glaubt, daß unter solchen Umständen die Abdankung nicht einen Tag länger hinausgeschoben werden darf. Die Parteileitung und die Reichstagsfraktion sind gestern zusammengetreten und haben ein Ultimatum verfaßt. Sie erklären, daß die Sozialdemokratie nicht weiter an der Regierung teilnehmen werde, falls die Abdankung Wilhelms II. nicht bis heute mittag um 1 Uhr ausgesprochen sei. Gleichzeitig haben sie das Verbleiben der sozialdemokratischen Staatssekretäre noch von der Annahme anderer Bedingungen abhängig gemacht. Unter diesen Forderungen befinden sich einige, die sehr berechtigt sind. Es ist beklagenswert, daß die Regierung bisher noch nicht die Energie gehabt hat, das Personal, auf das sie sich stützen soll, zu erneuern, und die Sozialdemokratie ist nicht zu tadeln, wenn sie nun, als Anfang, die wirklich recht dringliche Neubesetzung der preußischen Ministerposten schleunigst vollzogen sehen will.

Indessen, das alles sind zwar große Dinge, aber alles zusammen ist neben der Abdankungsfrage klein. Der Minister des Innern Dr. Drews hat vor etwa zehn Tagen in einem Gespräch mit dem Kaiser diese Frage berührt. Wilhelm II. scheint geantwortet zu haben, daß er freiwillig den Platz nicht verlassen werde, und er soll nach anderer Version erklärt haben, er weiche nur der Gewalt. Es scheint, daß er hinzugefügt hat, nach seiner Abdankung würden Anarchie und Bolschewismus in Deutschland allmächtig sein. Es ist sehr möglich, daß nach der Abdankung die Anarchie sich noch steigern wird. Man muß aber leider konstatieren, daß sie bereits in recht bedrohlichem Umfange begonnen hat, obgleich, oder, wie die Sozialdemokraten behaupten, weil der schließlich doch unvermeidliche Schritt noch nicht geschehen ist. In keinem Falle wird man noch sagen können, die Abdankung habe — falls Wilhelm II. sich zu ihr entschließen sollte — die Unruhen im Lande zur Folge gehabt. Ob diese Unruhen sich nicht so gefährlich ausgebreitet hätten, wenn der Entschluß rechtzeitig gefaßt worden wäre, ist eine Frage, die man ohne genaue Kenntnis des in den Soldatenratsbezirken herrschenden Geistes nicht beantworten kann.

Es ist jedem, der die Entwickelung der Dinge ruhig beobachtet, seit langem klar, daß die Situation des Kaisers, ganz abgesehen von Recht oder Unrecht, unhaltbar geworden ist. Er hätte gut getan, schon in dem Augenblick, wo er den Verfassungsänderungen zustimmte, die richtigen Folgerungen zu ziehen. Er hätte erklären können: „Ich erkenne die Notwendigkeit dieser Neuerungen, aber ich selber kann nicht einen Umschwung mitmachen, der so sehr den Traditionen meines Hauses widerspricht." Wer ihm damals geraten hat, auf seinem Posten zu bleiben, hat ihm nicht treu geraten, denn die Gefahr radikalerer Lösungen und peinlichen Zwanges rückte mit jedem Tage näher heran. Er hätte auch jetzt noch, hätte heute oder morgen noch die Gelegenheit gehabt, mit einer großen, sympathischen und sympathiseweckenden Geste zu gehen. Wenn ihm die Waffenstillstandsbedingungen der Entente überreicht wurden, konnte er an Wilson telegraphieren: „Ich bin bereit, dem Thron zu entsagen, falls dann dem deutschen Volke das Schwerste und Aeußerste erlassen wird." Ein solches Handeln schien nicht ganz unmöglich, an solchen Vorschlägen hat es nicht gefehlt. Weil wir ihre Wirkung abwarten wollten, und aus einigen anderen Gründen, schien uns in diesen Tagen drängendes Dreinreden nicht angebracht. Aber nichts deutet noch darauf hin, daß ein solcher Schritt beabsichtigt gewesen ist. Und das Verbleiben des Kaisers im Hauptquartier rief auch dort, wo man eine Vertagung des Entschlusses wünschte, Verstimmungen hervor.

Die Sozialdemokratie tritt nun mit ihrem Ultimatum, und mit einem sehr kurzfristigen Ultimatum, auf. Bis heute mittag um 1 Uhr soll die Abdankung vollzogen sein. Dieser Beschluß ist einstimmig gefaßt worden, und man wird nicht bestreiten können, daß es in der Parteileitung und in der sozialdemokratischen Fraktion viele ernste und überlegende Männer gibt. Die Mitglieder dieser Fraktion sind auch, als Kommissare der Regierung, in all den von der Bewegung ergriffenen Städten ordnend und beruhigend tätig, und Noske beispielsweise wirkt klug und mit bestem Erfolge instiet. Glauben die Parteileitung und die Fraktion, daß sie die Bewegung nur noch beherrschen und in ruhige Bahnen leiten können, wenn der Kaiser sich sofort zur Abdankung entschließt? Sie geben das als Grund für ihre Forderung an. Aber diese Forderung schafft so, wie sie aufgestellt worden ist, eine Lage, die wieder andere Gefahren schafft. Die militärischen Delegierten, die zu den Waffenstillstandsunterhandlungen unterwegs sind, haben ihre Legitimation vom Kaiser erhalten, und wenn der Kaiser heute abdanken sollte, könnte Foch ihnen sagen, sie seien nicht mehr legitimiert. Und wenn das Formalitäten sind, die sich vielleicht bald ordnen ließen — was geschieht, wenn der Kaiser nicht abdanken will? Dann ist das ganze Kabinett, das ohne die Sozialdemokratie nicht existieren kann, gezwungen, zu gehen. Wir werden dann entweder eine Diktatur bekommen, die freilich nichts mehr hinter sich haben, die Verwirrung ins Unabsehbare steigern wird. Oder wir werden ein Ministerium Scheidemann oder Ebert haben, das die Absetzung des Kaisers beschließen könnte, das aber für die Unterstützung dieses Beschlusses im Reichstag nicht über eine Mehrheit verfügt. Jeder, der den Ausgang aus diesem Chaos sucht, muß hoffen, daß der Kaiser heute redliche Ratgeber finden und anhören wird, die klaren Sinnes die Notwendigkeiten zu wägen verstehen. Aber wenn er sich weigert, wird die Sozialdemokratie mit einer großen Verantwortung belastet sein.

Gab es einen Weg, um zu dem nicht nur von der Sozialdemokratie für unvermeidbar erachteten Ziele zu gelangen, ohne daß das ganze System der Regierungsmöglichkeiten ins Wanken geriet? Es gab einen solchen Weg. Man mußte sogleich nach dem Waffenstillstand an die Auflösung des Reichstags gehen. Man konnte dem neugewählten Reichstag den Charakter einer konstituierenden Versammlung verleihen. Niemand der die Stimmung im Lande sieht, kann bezweifeln, daß aus Neuwahlen, an denen diejenigen, die heute Uniform tragen, teilnehmen, eine sehr entschiedene Linksmehrheit hervorgehen wird. Auf diese Mehrheit gestützt, konnte die Regierung diejenigen Maßnahmen ergreifen, die heute die Sozialdemokraten, ohne eine Mehrheit hinter sich zu haben, diktieren will.

* * *

Die Forderungen der Mehrheitssozialisten.

Die Parteileitung der sozialdemokratischen Partei hat gestern noch einmal die Gesamtlage besprochen und ist zu folgendem Beschlusse gekommen. Es sollen die Mitglieder des Parteivorstandes Ebert und Scheidemann beauftragt werden, dem Kanzler folgendes zu erklären:

Die sozialdemokratische Partei fordert, daß

1. die Versammlungsverbote für die gestrigen Versammlungen aufgehoben werden,

2. Polizei und Militär zu äußerster Zurückhaltung angehalten werden,

3. die preußische Regierung sofort im Sinne der Reichstagsmehrheit umgestaltet wird,

4. der sozialdemokratische Einfluß in der Reichsregierung verstärkt wird,

5. die Abdankung des Kaisers und der Thronverzicht des Kronprinzen bis heute mittag bewirkt werden.

Werden diese Forderungen nicht erfüllt, so tritt die Sozialdemokratie aus der Regierung aus. Gleichzeitig ergeht eine neue Mahnung an die Arbeiter zur Besonnenheit. Weitere Nachrichten sollen bis heute nachmittag abgewartet werden.

Dieser Beschluß der Parteileitung wurde von der gestern tagenden Fraktionssitzung der Sozialdemokratie einstimmig gutgeheißen.

Die obige Erklärung der sozialdemokratischen Parteileitung wurde gestern nachmittag kurz nach 5 Uhr dem Reichskanzler Prinz Max zugestellt.

*

Diese Forderungen der Mehrheitssozialisten wurden im Laufe des gestrigen Abends in einem **Flugblatte** der Berliner Bevölkerung bekannt gegeben. Es wurde in dem Flugblatte zur Besonnenheit ermahnt. Weitere Mitteilungen würden im Laufe des Freitagnachmittags gemacht werden.

Einberufung der nach Groß-Berlin beurlaubten Offiziere.

Ein Befehl des Oberkommandos.

Amtlich. Berlin, 7 November.

Das Oberkommando erläßt folgenden Befehl:

„Sämtliche in Groß-Berlin auf Urlaub befindliche Offiziere haben sich am Freitag, den 8. November, 12 Uhr mittags — soweit möglich feldmarschmäßig ausgerüstet — auf der Kommandantur, Berlin C. 2, Schinkelplatz 6, Abteilung V, zu melden."

Oberkommando in den Marken.

*

Wie die „Sozialistische Korrespondenz" zu dem Befehl erfährt, ist der gestern früh veröffentlichte Aufruf des Oberkommandierenden in den Marken, der die Bildung von Soldaten- und Arbeiterräten verbietet, ohne Wissen der Reichsregierung erfolgt. Auch das Verbot der für gestern abend einberufenen Versammlungen der Unabhängigen Sozialdemokratie zum Gedenktag der russischen Revolution wird von der Regierung nicht gebilligt. Es waren Bestrebungen im Gange, das Verbot rückgängig zu machen.

Die nächste Sitzung des Reichstags.

Die nächste Sitzung des Reichstags findet Mittwoch, den 13. November, nachmittags 2 Uhr statt.

Die Ruhe in Berlin nicht gestört.

Die Hamburg—Berliner Eisenbahnstrecke ist bis Hagenau-Land im Besitze der Demonstranten. Im Laufe des gestrigen Nachmittags und des Abends trafen in Berlin kleinere Kolonnen von Matrosen und anderen Truppen aus Hamburg ein. Sie wurden auf dem Lehrter Bahnhof von den militärischen Machtmannschaften in Empfang genommen und in den Moabiter Kasernen eingeliefert. Die Mannschaften folgten willig, ohne Widerstand zu leisten. Als jedoch ein Trupp von 250 Mann in der Kaserne des 4. Gardefeldartillerieregiments von einem Offizier hart angefahren wurde, entfernten sich die Matrosen bis auf 70 Mann in die Stadt. Die Truppen des 4. Feldartillerieregiments, die sie aufhalten sollten, leisteten zum Teil passiven Widerstand. Die Militärverwaltung hat angeordnet, daß Rüstungswerke und Industriewerke nicht militärisch geschützt werden sollen. Die Gas- und Elektrizitätswerke der Stadt sowie die Wasserwerke sind nur mit kleineren Militärwachposten bis zu 15 Mann Stärke besetzt. Die Kasernements des Moabiter Stadtviertels wurden gestern in den späten Nachmittagsstunden militärisch gesperrt.

Die auch von uns gebrachte Nachricht, daß die angekündigten fünf Versammlungen der Unabhängigen Sozialdemokraten polizeilich verboten worden seien, scheint nur zum Teil bekannt geworden zu sein. Es hatten sich infolgedessen gestern gegen ½8 Uhr in den Versammlungslokalen, Habels Brauerei in der Bergmannstraße, der Königsbank in der Großen Frankfurter Straße, in den Pharussälen in der Müllerstraße sowie in den Sälen zu Neukölln und Lichtenberg, größere Menschenmengen eingefunden. Gegen 8 Uhr abends teilten die Einberufer den Versammelten das polizeiliche Verbot mit und warnten vor Ausschreitungen und Aufzügen durch die Stadt. Die Menge verließ hierauf überall in vollkommener Ruhe die Versammlungslokale.